

Tamara Dangelmaier & Daniela Hunold

Globale Lieferketten als Konflikträume

Protest, Policing und die Produktion sozialer Ordnung in Brasilien

Die von Tamara Dangelmaier und Daniela Hunold eingenommene soziologische Perspektive auf Polizei, Sicherheit und Konfliktbearbeitung im Zusammenhang mit globalen Lieferketten fokussiert Situationen, in denen globale ökonomische Verflechtungen lokal in konflikthafter sozialen und politischen Auseinandersetzungen sichtbar werden. Brasilien ist hier besonders aufschlussreich, weil sich dort Konflikte um Logistik, Land, Infrastruktur, indigene Rechte und wirtschaftliche Projekte in verdichteter Form überlagern. Dabei wird sichtbar, dass Polizei und andere Sicherheitsakteure an der Bearbeitung, Begrenzung und öffentlichen Rahmung solcher Auseinandersetzungen mitwirken. Lieferketten sehen die Autorinnen daher als umkämpfte Räume, in denen Zirkulation, Herrschaft und Sicherheit miteinander verschränkt sind.¹

1. Einleitung

Was hat eine brasilianische Sojabohne mit Polizeiarbeit zu tun? Auf den ersten Blick scheint sie eher in den Zuständigkeitsbereich von Agrarökonomie, Welthandel oder Umweltpolitik zu gehören als in jenen der Polizeiforschung. Und doch verweist gerade sie auf ein Geflecht von Konflikten, in dem globale Liefer- und Wertschöpfungsketten konkret, lokal und politisch greifbar werden. In Brasilien ist Soja nicht nur Exportgut, sondern Teil von Auseinandersetzungen um Land, Infrastruktur, indigene Territorien und die gewaltsame Neuordnung von Räumen. In Europa taucht dieselbe Ware in veränderter Form wieder auf: als Futtermittel, als Bestandteil agrarischer Produktionszusammenhänge und mitunter auch als Symbol politischer Konflikte. Wenn im Rahmen agrarischer Proteste Misthaufen vor politischen Wahrzeichen oder auf Fahrbahnen landen, werden globale Lieferketten plötzlich nicht mehr nur als ökonomische Verflechtungen sichtbar, sondern als Gegenstand öffentlicher Ordnung, politischer Artikulation und polizeilicher Bearbeitung.

Zitiervorschlag:

Dangelmaier, Tamara & Hunold, Daniela (2026): Globale Lieferketten als Konflikträume: Protest, Policing und die Produktion sozialer Ordnung in Brasilien, vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik Nr. 254 [65(2)], S. 90-101

Zwischen diesen beiden Szenen liegt mehr als nur eine lange Transportkette. Sie verweisen auf globale Zusammenhänge, die nicht im Abstrakten verbleiben, sondern sich an konkreten Orten in Konflikten um Land, Infrastruktur, politische Sichtbarkeit und Sicherheit materialisieren. Insbesondere dort, wo Lieferketten nicht reibungslos funktionieren, sondern bestritten, blockiert, angegriffen oder geschützt werden, werden sie für eine soziologische Perspektive auf Polizei und Sicherheit interessant. Globale Liefer- und Wertschöpfungsketten erscheinen dann nicht nur als ökonomische Koordinationsformen, sondern auch als Konflikt- und Ordnungszusammenhänge, an deren Bearbeitung staatliche und nichtstaatliche Sicherheitsakteure mitwirken.

Der vorliegende Beitrag geht deshalb der Frage nach, wie globale Liefer- und Wertschöpfungsketten in lokalen Protestkonflikten für die Polizeiforschung sichtbar werden und welche Rolle Polizei und andere Sicherheitsakteure in der Bearbeitung dieser Konflikte spielen. Er versteht sich als analytisch-programmatischer Aufschlag, der globale Lieferketten nicht primär aus politökonomischer oder regulatorischer Perspektive betrachtet, sondern aus soziologischer Perspektive auf Protest, Sicherheit und Konfliktbearbeitung. Brasilien dient dabei als besonders aufschlussreicher Fall, weil sich dort Konflikte um Logistik, Land, Infrastruktur, indigene Rechte und wirtschaftliche Projekte in verdichteter Form überlagern.

2. Von der Lieferkette zum Konfliktraum

Globale Liefer- und Wertschöpfungsketten werden in der Forschung häufig als ökonomische Koordinationszusammenhänge, als transnationale Netzwerke von Produktion, Zirkulation und Konsum oder als Gegenstand regulatorischer Steuerung beschrieben. Eine soziologische Perspektive auf Polizei, Sicherheit und Konfliktbearbeitung setzt an einer anderen Stelle an. Sie interessiert sich nicht vorrangig für Effizienz oder Steuerungsfragen, sondern für jene Situationen, in denen globale ökonomische Verflechtungen lokal in konflikthaften sozialen und politischen Auseinandersetzungen sichtbar werden. Lieferketten erscheinen dann nicht bloß als technische Infrastrukturen oder organisatorische Arrangements: Sie sind zudem räumlich eingebettete und machtförmig strukturierte Ordnungen, in denen Fragen von Zugriff, Ausschluss, Sichtbarkeit, Begrenzung und Gewalt virulent werden. Franzki, Scheper und Vestena (2024: 2f.) argumentieren entsprechend, dass transnationale Unternehmen als private Marktakteure sowie prägende Akteure und Institutionen globaler politischer Ökonomie zu verstehen sind, die mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gewaltphänomenen verflochten sind. Konflikt und Gewalt erscheinen so nicht als Ausnahme an den Rändern von Ordnung, vielmehr sind sie in bestehende politisch-ökonomische Verhältnisse eingelagerte Momente.

Ein solcher Zugriff gewinnt zusätzlich an Schärfe, wenn Lieferketten nicht nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Verknüpfungen, sondern auch ihrer Ausschlüsse, Verdrängungen und Entkopplungen betrachtet werden. Hier setzt die Perspektive der *disarticulations* von Bair und Werner (2011: 988f.) an. Die Autorinnen kritisieren einen systematischen „incorporation bias“ in der Commodity-Chain- und Global-Value-Chains-(GVC)-Literatur: Analytisch werde vor allem gefragt, wie Regionen in globale

Produktionszusammenhänge eingebunden werden, während Prozesse von Ausschluss, Disinvestment, Devaluation und Verdrängung in den Hintergrund treten. Demgegenüber schlagen sie vor, Commodity Chains als Ausdruck ungleicher Geographien des globalen Kapitalismus zu lesen, die durch die Gleichzeitigkeit von Einbindung und Ausstoßung, Verbindung und Entkopplung hervorgebracht werden (Bair/Werner 2011: 989). Insbesondere an solchen Bruchstellen gewinnt der Fokus auf Polizei, Sicherheit und Konfliktbearbeitung an Relevanz: dort, wo wirtschaftliche Expansion, räumliche Neuordnung und soziale Verdrängung lokal konfliktförmig werden.

Für den hier verfolgten Zugriff ist deshalb entscheidend, globale Lieferketten nicht als neutrale Hintergrundstruktur, sondern als konflikthaft organisierte räumliche Ordnungen zu verstehen. Sie materialisieren sich in Infrastrukturen, Verkehrsachsen, Umschlagplätzen, Produktionsstandorten, Territorien und urbanen Knotenpunkten; dort werden sie politisch angreifbar und sozial lesbar. Sichtbar werden globale Liefer- und Wertschöpfungsketten dabei nicht isoliert „vor Ort“, sondern relational: in der Verbindung von ortsgebundenen Protesten, territorialen Konflikten und transnationalen Zirkulationsinteressen. Jenss (2024: 77–81) zeigt dies am Beispiel urbaner Lieferkettenkonflikte in Kolumbien: Straßenblockaden und die Unterbrechung logistischer Zirkulation erscheinen dort als Protestform, aber vor allem auch als eine Methode, die Rolle der Stadt als logistischen Knoten sowie die Verflechtung lokaler Ungleichheiten mit transnationalen Unternehmensinteressen sichtbar zu machen. Zugleich betont Jenss, dass transnationale Unternehmen in solchen Konflikten nicht nur Hintergrundakteure sind. Vielmehr sind sie räumlich oft nicht vollständig präsent, aber konfliktprägende Akteure, die auf reibungslose Logistikflüsse drängen und staatliche Reaktionen einschließlich repressiver Antworten mitbeeinflussen können (Jenss 2024: 95ff.).

Eine so verstandene Perspektive auf Lieferketten führt zu Fragen von Polizei, Sicherheit und Konfliktbearbeitung. Dort, wo Proteste und Konflikte um Territorium logistische Knotenpunkte, Verkehrsachsen oder andere infrastrukturell sensible Orte adressieren, verdichten sich ökonomische Zirkulation, politische Artikulation und Ordnungsfragen in besonderer Weise. An diesen Punkten werden Lieferketten sicherheitsförmig relevant. Jenss (2024: 95f.) zeigt, dass die Wiederherstellung logistischer Flüsse selbst zu einem Motiv repressiver Antworten werden kann und dass Polizei und Militär in solchen Konstellationen nicht lediglich lokale Ordnung sichern, sondern mit der Absicherung globaler Zirkulationsinteressen verflochten sind.

Ein solcher Zugriff schließt an kritische Arbeiten zur Kriminalisierung, Delegitimierung und Versicherheitlichung von Protest an. Pichl (2023: 143–151) zeigt am Beispiel der Klimabewegungen, wie Proteste politisch und medial in eine antidemokratische oder rechtsstaatsgefährdende Nähe gerückt werden und sich diese öffentliche Delegitimation in konkrete Kriminalisierungspraktiken übersetzen kann. Struck und Kemme (2024: 360–364) ordnen dies in eine breitere rechtswissenschaftliche, kriminologische und kriminalpolitische Debatte ein, in der Fragen des zivilen Ungehorsams, der Strafbarkeit und der polizeilichen Bearbeitung miteinander verschränkt sind. Grimm, Franzki und Salehi (2023: 179–184) zeigen zudem im Zusammenhang mit den Protesten um Lützerath, dass Zuschreibungen von Gewalt, Radikalität und legitimer Staatsgewalt nicht neutral sind, denn sie werden in umkämpften Deutungsordnungen hervorgebracht. Knopp et al. (2025: 63f./68–74) schärfen diesen Befund, indem sie

„Versichertheitlichung“ nicht auf unmittelbare Repression verengen. Stattdessen fassen sie es als Geflecht aus Zwang, Prävention, Kriminalisierung und diskursiver Rahmung. Für eine soziologische Polizeiforschung ist dies zentral, weil Protest damit nicht erst durch polizeiliche Intervention sicherheitsrelevant wird, sondern bereits im Zusammenspiel von medialer Rahmung, rechtlicher Einordnung, behördlicher Kategorisierung und konkreten Eingriffspraktiken. Polizei und andere Sicherheitsakteure erscheinen so nicht nur als nachträgliche Vollzugsinstanzen, sondern als Co-Akteure der Grenzziehung zwischen legitimer Artikulation, Störung und kriminalisiertem Risiko.

3. Brasilien als Feld verdichteter Konflikte

Brasilien ist für den vorliegenden Beitrag und die Erforschung der Verschränkung von Polizeiarbeit und Lieferketten nicht nur deshalb ein aufschlussreicher Fall, weil das Land in globale Liefer- und Wertschöpfungsketten eingebunden ist, sondern auch weil sich deren Verwundbarkeit, räumliche Materialisierung und politische Konflikthaftigkeit hier in besonderer Dichte beobachten lassen. Exemplarisch zeigt sich dies im Streik der brasilianischen Trucker im Jahr 2018. Der Fall macht sichtbar, dass Konflikte nicht nur um Lieferketten entstehen, denn sie verlaufen auch durch ihre logistischen Infrastrukturen: Wo der Gütertransport auf wenige, hochgradig belastete Verkehrsachsen konzentriert ist, können Proteste weit über ihren unmittelbaren Anlass hinaus in Export-, Versorgungs- und Zirkulationsprozesse eingreifen. Für Brasilien ist dies besonders relevant, da der Güterverkehr in hohem Maße straßenbasiert ist und Verkehrsachsen, Häfen und Korridore deshalb zu neuralgischen Punkten ökonomischer Zirkulation werden. Nowak (2020: 8-10) beschreibt dies mit Blick auf den Rohstoffexport und den Ausbau nördlicher Transportachsen wie des Arco Norte deutlich: Globale Lieferketten werden in Brasilien damit gerade dort sichtbar, wo logistische Zirkulation stockt, blockiert oder umkämpft wird.

Diese Verdichtung zeigt sich jedoch an Logistik und Exportkorridoren, aber auch an Land- und Territorialkonflikten. Dieselbe export- und infrastrukturgetriebene Entwicklungslogik, die im Trucker-Streik als Verwundbarkeit logistischer Zirkulation sichtbar wurde, erscheint in anderen Regionen des Landes als territoriale Expansion, Landnahme und Verdrängung. Russau (2016: 169–181/223–231) beschreibt Brasilien als Raum, in dem Rohstoffabbau, Staudammprojekte, industrielle Landwirtschaft und Landgrabbing tief in lokale Lebensverhältnisse eingreifen und wiederholt Konflikte um Enteignung, Umweltzerstörung und soziale Reproduktion auslösen. Für den vorliegenden Beitrag ist daran weniger die sektorale Vollständigkeit entscheidend als der Befund, dass wirtschaftliche Projekte in Brasilien häufig als territoriale Eingriffe wirksam werden. Globale Verflechtungen erscheinen damit nicht als abstrakte Marktordnung, sondern als räumlich verdichtete Konfliktlagen um Zugang, Nutzung, Verdrängung und Herrschaft.

Deutlich wird dies im Fall indigener Territorien. Alarcon et al. (2024: 2ff.) rekonstruieren am Beispiel der Tupinambá von Serra do Padeiro in Bahia mehrere Schlüsselkonflikte der Bolsonaro-Jahre: unter anderem einen Mordplan gegen indigene Füh-

rungspersonen, den Versuch, ein Resort auf Tupinambá-Gebiet zu errichten, Rückschritte im Demarkationsverfahren und eine Räumungsanordnung gegen die Tupinambá. Sichtbar wird damit, dass Konflikte in Brasilien nicht allein aus klassischen Extraktions- oder Bergbauprojekten hervorgehen, sondern ebenso aus touristischer und investiver Landinanspruchnahme. Zugleich zeigen die Autorinnen, dass die Tupinambá seit 2004 durch *retomadas* (Rückeroberungen) Land zurückgewinnen und gerade wegen dieser erfolgreichen territorialen Mobilisierung verstärkt zum Ziel anti-indigener Kräfte, polizeilicher Gewalt, paramilitärischer Bedrohungen und kriminalisierender Deutungen wurden. Der Fall verweist zugleich auf eine zweite zentrale Dimension: indigene Proteste als Praxis politischer Sichtbarmachung. Alarcon et al. (2024: 16f.) zeigen, dass die Auseinandersetzung um das Vila-Galé-Resort nicht auf lokale Resistenz beschränkt blieb, sondern gezielt auf nationale und internationale Arenen ausgeweitet wurde. Während der Bolsonaro-Periode trat Glicéria Jesus da Silva unter anderem vor dem UN-Menschenrechtsrat und der Interamerikanischen Menschenrechtskommission auf; zugleich gewann der Konflikt in Portugal zusätzliche Aufmerksamkeit. Indigene Mobilisierung erscheint damit nicht nur als Abwehr unmittelbarer Übergriffe; sie stellt darüber hinaus eine aktive Übersetzung territorialer Konflikte in transnationale Öffentlichkeiten dar.

Für Amazonien verschärft sich diese Diagnose nochmals. Alarcon (2024) argumentiert, dass Verletzungen indigener Rechte nicht als Einzelereignisse, sondern als Ausdruck eines strukturierten Geflechts territorialer Gewalt begriffen werden müssen. Genannt werden unter anderem das Potássio-Amazonas-Bergbauprojekt und die Ferrogrão-Eisenbahn als Konfliktfelder, in denen wirtschaftliche Interessen direkt auf indigene Territorien und ungeklärte Landrechte treffen. Zugleich verweist Alarcon darauf, dass anti-indigene Netzwerke wie Invasão Zero gezielt Farmer*innen, Verbündete, paramilitärische Akteure und Angehörige öffentlicher Sicherheitskräfte mobilisieren, um Indigenen, Quilombola- und landlose Gruppen aus umkämpften Gebieten zu vertreiben. Die Legal Amazon – eine 1948 in Brasilien geschaffene soziogeographische Region von neun Bundesstaaten – erscheint damit als Raum, in dem territoriale Expansion, extraktive Ökonomie und Gewaltförmigkeit eng gekoppelt sind.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Verdichtung von Konflikten um Infrastruktur, Territorium und globale Verflechtungen erscheint Protest in Brasilien nicht als externer Reaktionsmodus, sondern als integraler Bestandteil dieser Konfliktkonstellationen. Studien zu Umwelt- und Landkonflikten in Brasilien und Lateinamerika zeigen, dass Protest eng mit den räumlichen und infrastrukturellen Bedingungen extraktivistischer und exportorientierter Entwicklungsmodelle verwoben ist (Zhourri 2010; Borrás et al. 2012; Temper et al. 2015). Dabei beschränkt sich der Protest nicht auf übliche Demonstrationsformen. Vielmehr umfasst das Repertoire kollektiven Handelns Blockaden von Verkehrswegen und logistischen Knotenpunkten, Besetzungen von Land und Infrastruktur sowie Formen territorialer Selbstbehauptung (Alonso/Mische 2017; Wolford 2010). Diese Praktiken knüpfen unmittelbar an jene Orte an, die wir als neuralgische Punkte globaler Zirkulation beschrieben haben: Straßenkorridore, Exportachsen, Bergbau- und Infrastrukturprojekte.

In diesem Sinne lässt sich Protest als eine Form der Intervention in die materiellen Grundlagen globaler Lieferketten verstehen. Aufbauend auf der kritischen Logistik-

forschung argumentiert insbesondere Cowen (2014), dass Logistik nicht nur ökonomische Effizienz organisiert, sondern auch eine zentrale politische Infrastruktur darstellt. Daran anschließend beschreiben Folkers und Stenmanns (2019) Protestformen, die gezielt auf die Unterbrechung logistischer Flüsse abzielen, als „logistical resistance“. Im brasilianischen Kontext wird diese Form des Protests ausgesprochen deutlich. Blockaden von Fernstraßen, Eisenbahnlinien oder Hafenzugängen greifen – ähnlich wie der Trucker-Streik von 2018 – direkt in die Zirkulation von Waren ein und machen die strukturelle Verwundbarkeit logistischer Systeme sichtbar. Protest richtet sich damit nicht allein gegen politische Entscheidungsträger – er richtet sich zudem gegen die infrastrukturellen Voraussetzungen globaler Produktions- und Exportregime selbst. Zugleich zeigen empirische Studien, dass viele dieser Proteste territorial verankert sind und eng mit Kämpfen um Land, Umwelt und soziale Reproduktion verbunden bleiben (vgl. Martínez-Alier et al. 2016; Svampa 2019). Insbesondere indigene Gruppen und landlose Bewegungen artikulieren Protest als Forderung nach politischer Anerkennung sowie als Praxis der Aneignung und Verteidigung von Raum (Wolford 2010). Protest erscheint damit – in direkter Anschlussfähigkeit an die beschriebenen Konfliktlagen – als eine Form der Auseinandersetzung um Zugang, Nutzung und Kontrolle von Territorium. Darüber hinaus fungieren diese Proteste als Praktiken der Sichtbarmachung globaler Verflechtungen. Indem sie lokale Konflikte an transnationale Öffentlichkeiten adressieren, übersetzen sie regionale Auseinandersetzungen in globale politische Konfliktfelder (Temper et al. 2015). Protest macht damit den Widerstand sichtbar, aber auch die Einbettung lokaler Konflikte in globale Lieferketten. Er erscheint somit als Ausdruck von Konflikten, aber vor allem als zentrale Praxis, durch die globale Lieferketten sichtbar, angreifbar und politisch umkämpft werden. Gerade weil solche Proteste an infrastrukturellen Knotenpunkten ansetzen und territoriale Ansprüche artikulieren, rücken sie in den Fokus staatlicher Sicherheitsakteure. Damit verschiebt sich die Perspektive von der Analyse von Konflikten hin zu deren polizeilicher und sicherheitspolitischer Bearbeitung.

4. Polizei und Protest in Konflikten um Lieferketten

Die konflikthafte Materialisierung globaler Lieferketten in Protesten und territorialen Auseinandersetzungen wirft unmittelbar die Frage nach ihrer sicherheitspolitischen Bearbeitung auf. Wenn Proteste Zirkulation unterbrechen, Infrastruktur blockieren oder territoriale Ansprüche artikulieren, werden sie zum Gegenstand polizeilicher und sicherheitspolitischer Intervention. Polizei tritt damit nicht erst als Reaktion auf Konflikte in Erscheinung, sondern als zentraler Akteur der Strukturierung und Begrenzung.

Erste Hinweise auf die Rolle dieser Akteure ergeben sich schon durch die institutionelle Struktur öffentlicher Sicherheit selbst, nicht erst aus einzelnen Konfliktfällen. Öffentliche Sicherheit ist in Brasilien primär auf Ebene der Bundesstaaten organisiert und beruht auf einer funktionalen Trennung zwischen der *Polícia Civil* und der *Polícia Militar*, wobei letztere paramilitärisch organisiert ist und zunehmend auch in sogenannten GLO-Missionen (*Garantia da Lei e da Ordem*) polizeiähnliche Aufgaben über-

nimmt (Harig 2017: 272–273/282). Konfliktbearbeitung vollzieht sich damit nicht allein vor dem Hintergrund einer neutral gedachten zivilen Sicherheitsordnung, sondern auch in einem historisch militarisierten, fragmentierten und teilweise parapolizeilich erweiterten Sicherheitsfeld. Polizeiliche Praxis ist in diesem Kontext von vornherein eng mit Fragen von Gewalt, territorialer Kontrolle und staatlicher Durchsetzungsmacht verknüpft. Polizei erscheint als mehr als lediglich Garant öffentlicher Sicherheit: Sie ist zudem ein Akteur, der in die Herstellung und Stabilisierung sozialer Ordnung eingebunden ist.

Der Begriff *Protest Policing* (Della Porta/Reiter 1998) erlaubt es, diese Praktiken systematisch zu fassen und als eigenständiges Feld staatlicher Konfliktbearbeitung zu analysieren. In Verbindung mit dem Konzept der „political opportunity structures“ (Kitschelt 1986) wird deutlich, dass Polizei aktiv die Bedingungen strukturiert, unter denen Protest entsteht, sich entfaltet oder begrenzt wird. Polizeiliche Strategien wirken damit auf Repertoires, Sichtbarkeiten und Risiken kollektiven Handelns zurück und sind selbst Teil der Gelegenheitsstrukturen, in denen Protest möglich wird. Diese Diagnose wird in Brasilien durch die politische Konjunktur des Rechtsrucks weiter verschärft. Unter der Regierung von Jair Bolsonaro nahmen Angriffe auf Umwelt-, Minderheiten- und Arbeiter*innenrechte zu, während soziale Bewegungen verstärkt unter Druck gerieten (Medeiros/Motta 2019: 619–623). Konflikte um Landraub, Abholzung, Bergbau und Umweltzerstörung erscheinen damit nicht als isolierte lokale Auseinandersetzungen, sondern als Kampfplätze transnationaler Prozesse, in denen globale ökonomische Interessen auf lokalen Widerstand treffen. Polizei und andere Sicherheitsakteure agieren in diesen Konstellationen als Teil eines erweiterten Sicherheitsfeldes, in dem staatliche und nichtstaatliche Gewaltformen, politische Interessen und ökonomische Dynamiken ineinandergreifen.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum polizeiliche Praxis in Brasilien eng mit Fragen von Gewalt und sozialer Ungleichheit verknüpft ist. Studien zeigen, dass polizeiliche Gewalt systematisch ungleich verteilt ist und insbesondere marginalisierte Gruppen betrifft – etwa schwarze Bevölkerungen in urbanen Peripherien (*Favelas*) oder indigene Gemeinschaften in territorialen Konfliktzonen (Alves/Vargas 2013; Sinhoretto et al. 2014). Polizeiliches Handeln ist Teil der Sicherung von Ordnung, aber ebenso Teil der Reproduktion sozialer und räumlicher Ungleichheiten.

Gleichzeitig unterliegt polizeiliches Handeln Veränderungen, die sich insbesondere im Kontext der Proteste der Jahre 2013 bis 2016 beobachten lassen (Cardoso/Pauschinger 2025). Die groß angelegten Mobilisierungen im Umfeld der Fußball-Weltmeisterschaft und der Olympischen Spiele trafen auf eine Polizei, die auf solche Formen urbaner Massenproteste nur begrenzt vorbereitet war. Erste Unruhen wurden selbst als Reaktion auf Polizeigewalt interpretiert. Gleichzeitig setzte in dieser Phase ein Prozess der Professionalisierung von *Protest Policing* ein: Polizeibehörden bauten gezielt Wissen über Demonstrationen auf, entwickelten neue Einsatzkonzepte und passten ihre Strategien an die Dynamik großflächiger Proteste an. Diese Professionalisierung bedeutete jedoch keine Abkehr von Gewalt, sondern vielmehr eine Transformation ihrer Erscheinungsformen. Polizei tritt heute häufig weniger sichtbar auf, bleibt jedoch weiterhin in der Lage, Gewalt einzusetzen. Proteste gelten zunehmend als kontrollierbar, weniger durch offene Konfrontation, vielmehr durch verbesserte

Einsatztechniken, räumliche Steuerung sowie strategische Präsenz. Diese Entwicklung verweist auf eine Verschiebung von direkter Repression hin zu komplexeren Formen der Kontrolle, in denen Sichtbarkeit, Distanz und potenzielle Eingriffsbereitschaft kombiniert werden. Gleichzeitig bleiben gewaltförmige Praktiken zentraler Bestandteil polizeilichen Handelns, insbesondere in bestimmten Konfliktkonstellationen. So zeigt sich, dass kleinere Proteste – etwa im Kontext indigener Besetzungen im Umfeld von WM-Infrastruktur – wiederholt mit unmittelbarer Gewalt beantwortet wurden, während Strategien der Isolation, etwa durch großräumige Absperrungen, zum Einsatz kommen (Holston 2014). Solche Perimeterstrategien dienen nicht ausschließlich der Kontrolle von Protest. Darüber hinaus dienen sie der Sicherung von Infrastruktur und der Regulierung von Zugang zu umkämpften Räumen. Das verdeutlicht, dass Policing eng mit der räumlichen Organisation von Konflikten verbunden ist.

Diese Dynamiken lassen sich im Kontext einer breiteren Entwicklung interpretieren, die in der Forschung als „shrinking spaces“ beschrieben wird (Kocyba/Lewicki 2020). Gemeint ist damit eine globale Tendenz, in der Handlungsspielräume für zivilgesellschaftlichen Protest eingeschränkt, verschoben oder selektiv reguliert werden. Im brasilianischen Kontext zeigt sich diese Entwicklung jedoch weniger als einheitlicher Rückgang von Protestmöglichkeiten, stattdessen als deren ungleiche Verteilung. Während bestimmte Protestformen – beispielsweise urbane Mobilisierungen – zeitweise sichtbar und teilweise toleriert werden, bleiben andere Konflikte, gerade in ländlichen oder peripheren Regionen, stärker marginalisiert oder werden repressiv bearbeitet. Diese Ungleichverteilung betrifft die Möglichkeit zu protestieren sowie die Sichtbarkeit von Protest. Studien zu urbanen Mobilisierungen zeigen, dass Protest nicht allein durch Betroffenheit bestimmt ist, sondern auch von Ressourcen, Netzwerken und politischer Einbindung abhängt. Junge Menschen in prekären Lebenslagen verfügen zum Beispiel häufig über geringere Möglichkeiten zur Mobilisierung, obwohl sie besonders stark von sozialen Problemen betroffen sind. Protest erscheint damit als sozial selektive Praxis, deren Voraussetzungen ungleich verteilt sind. Zugleich fungiert Protest als Mechanismus politischer Rechenschaft. Analysen der brasilianischen Proteste von 2013 zeigen, dass kollektive Mobilisierung das Verhalten politischer Entscheidungsträger beeinflussen kann, obgleich unter strukturellen Einschränkungen. Protest ist damit nicht nur Ausdruck von Konflikten, sondern auch eine intervenierende Praxis in politische Prozesse. Diese Dimension wird durch polizeiliche und diskursive Rahmungen beeinflusst. Ein Teil der Demonstrationen wird von Sicherheitsakteuren als von „kriminellen Gruppen“ organisiert dargestellt, insbesondere wenn sie sich gegen Polizeigewalt richten. Solche Narrative tragen zur Kriminalisierung von Protest bei und verschieben die Wahrnehmung von politischer Artikulation hin zu sicherheitspolitischen Problemlagen. In Anschluss an Arbeiten zur Versicherheitlichung von Protest (Pichl 2023; Knopp et al. 2025) lässt sich dies als Teil eines breiteren Prozesses verstehen, in dem Protest nicht erst durch polizeiliche Intervention, sondern bereits diskursiv als Risiko konstituiert wird.

Wie sich diese Kombination aus Präsenz, Kontrolle und situativer Zurückhaltung konkret ausgestaltet, lässt sich exemplarisch an einem ethnografischen Einblick in einen Protestmarsch während der Weltklimakonferenz COP30 in Belém zeigen. Die Polizei trat mit hoher, jedoch räumlich gestaffelter Präsenz auf: Fahrzeuge der Polícia Mi-

litar und Polícia Civil waren entlang der Route positioniert, häufig in Nebenstraßen oder mit Abstand zum Demonstrationszug, sodass Kontrolle primär über Präsenz, Beobachtung und potenzielle Eingriffsbereitschaft ausgeübt wurde. Ergänzt wurde diese Form indirekter Kontrolle durch symbolische Elemente wie Hubschrauberüberflüge sowie durch koordinative Arrangements, etwa die Vermittlung durch Verkehrsbehörden, die den Bewegungsfluss zwischen Polizei und Demonstrierenden regulieren. Am Endpunkt der Demonstration verdichtete sich die Polizeipräsenz zu einer klaren räumlichen Grenze, ohne dass es zu unmittelbarer Intervention kam; stattdessen transformieren Demonstrierende die Situation durch symbolische Praktiken – etwa einen Tanzkreis indigener Teilnehmer*innen unmittelbar vor der Polizeilinie –, die von der Polizei toleriert wurden. Der Fall zeigt damit eine Form von Protest Policing, die sich durch die Kombination von Präsenz, räumlicher Steuerung, situativer Zurückhaltung sowie potenzieller Gewalt auszeichnet und Polizei als aktiven Produzenten von Protesträumen sichtbar macht, in denen Kontrolle, Sichtbarkeit und Handlungsmöglichkeiten kontinuierlich ausgehandelt werden.

Vor dem Hintergrund der in den vorangegangenen Kapiteln entwickelten Perspektive wird schließlich deutlich, dass polizeiliche Praxis eng mit der Sicherung globaler Lieferketten verknüpft ist. Proteste, die sich gegen Bergbauprojekte, landwirtschaftliche Expansion oder logistische Infrastruktur richten, werden weniger als politische Artikulation, sondern eher als Störungen von Zirkulation adressiert. Polizei erscheint damit als Garant öffentlicher Sicherheit und zentraler Akteur in der Stabilisierung jener Infrastrukturen und Ordnungen, auf denen globale Lieferketten beruhen.

5. Ausblick

Der Beitrag hat vorgeschlagen, globale Liefer- und Wertschöpfungsketten nicht nur als ökonomische Verflechtungen, sondern auch als Konflikt- und Ordnungszusammenhänge zu lesen. Für eine soziologische Perspektive auf Polizei, Sicherheit und Konfliktbearbeitung werden sie besonders dort sichtbar, wo logistische Zirkulation, territoriale Ansprüche und politische Auseinandersetzungen aufeinandertreffen. Proteste, Blockaden und andere Formen der Unterbrechung sind in diesem Zusammenhang nicht bloß Reaktionen auf lokale Missstände. Sie machen globale Verflechtungen überhaupt erst politisch lesbar und verweisen auf die räumlichen, sozialen und gewaltförmigen Bedingungen, unter denen Lieferketten stabilisiert werden.

Brasilien erweist sich hierfür als aufschlussreicher Fall, weil sich Konflikte um Logistik, Land, Infrastruktur, indigene Rechte und wirtschaftliche Projekte dort in verdichteter Form überlagern. An diesen Konflikten wird sichtbar, dass Polizei und weitere Sicherheitsakteure nicht nur nachträglich auf Protest reagieren, sondern auch an der Bearbeitung, Begrenzung und diskursiven Rahmung solcher Auseinandersetzungen mitwirken. Lieferketten erscheinen damit sowohl als ökonomische Infrastruktur, als auch als umkämpfte Räume, in denen Zirkulation, Herrschaft und Sicherheit miteinander verschränkt sind.

Abschließend stellt sich die Frage, wie solche Konflikte öffentlich lesbar werden, welche Formen der Sichtbarkeit oder Unsichtbarkeit sie erzeugen und unter welchen

Bedingungen Protest als legitime politische Artikulation, als Störung oder als Sicherheitsproblem erscheint. Gerade darin liegt das Potenzial einer polizeisozilogischen Perspektive auf globale Liefer- und Wertschöpfungsketten: Sie lenkt den Blick auf jene Orte und Situationen, in denen globale ökonomische Ordnungen lokal umkämpft, unterbrochen und sicherheitsförmig bearbeitet werden.

DR. TAMARA DANGELMAIER, geboren 1990, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich für Polizei und Sicherheitsmanagement an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin. Sie forscht zu Herausforderungen und Resilienz globaler Liefer- und Wertschöpfungsketten mit Fokus auf Protesten und Protest Policing im Kontext von Land- und Territorialkonflikten in Brasilien, Indien und Deutschland. Wichtigste Veröffentlichung: *Überwachen auf Straßen* (2025).

PROF. DR. DANIELA HUNOLD, geboren 1975, ist Professorin für Soziologie und Empirische Polizeiforschung sowie Direktorin des Forschungsinstituts für öffentliche und private Sicherheit (FOEPS) an der HWR Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Polizei, Diversität und Organisationskultur, Versicherheitlichung von Raum, Protest Policing. Jüngste Veröffentlichung (zusammen mit Rafael Behr und Tobias Singelstein): *Handbuch Polizeiforschung* (im Erscheinen).

Literatur

- Alarcon, Daniela Fernandes 2024: Territorial Conflicts and Indigenous Rights Violations in the Amazon, Conference Paper, gehalten auf der Konferenz „Climate Change Crisis and Environmental Justice in the Amazon: Voices from Indigenous Peoples and Activists“, Yale School of the Environment/Council on Latin American and Iberian Studies at the Yale MacMillan Center, New Haven.
- Alarcon, Daniela Fernandes/da Silva, Glicéria Jesus/de Quadros, Jéssica Silva/da Silva, Sthefany Ferreira 2024: Resisting Bolsonaro: The Mobilization of the Tupinambá of Serra do Padeiro to Defend Their Territory and Collective Projects, in: *Vibrant: Virtual Brazilian Anthropology*, Jg. 21, e21059.
- Alonso, Angela/Mische, Ann 2017: Changing Repertoires and Partisan Ambivalence in the New Brazilian Protests, in: *Bulletin of Latin American Research*, Jg. 36, H. 2, S. 144–159.
- Bair, Jennifer/Werner, Marion 2011: Commodity Chains and the Uneven Geographies of Global Capitalism: A Disarticulations Perspective, in: *Environment and Planning A: Economy and Space*, Jg. 43, H. 5, S. 988–997; <https://doi.org/10.1068/a43505>.
- Borras, Saturnino M./Kay, Cristóbal/Gómez, Sergio/Wilkinson, John 2012: Land Grabbing and Global Capitalist Accumulation: Key Features in Latin America, in: *Canadian Journal of Development Studies/Revue canadienne d'études du développement*, Jg. 33, H. 4, S. 402–416.
- Cardoso, Bruno/Pauschinger, Dennis 2025: The Authoritarian Legacy: Mega-Event Security, the Managerial-Militarized Model, and the Rise of the Far-Right in Brazil, in: Wolfe, Sven D. (Hrsg.): *The Hard*

- Edge of Soft Power. Mega-Events, Geopolitics, and Making Nations Great Again*, Singapore, S. 97–112; https://doi.org/10.1007/978-981-96-3515-3_7.
- Cowen, Deborah 2014: *The Deadly Life of Logistics: Mapping Violence in Global Trade*, Minneapolis.
- Della Porta, Donatella/Reiter, Herbert R. (Hrsg.) 1998: *Policing Protest: The Control of Mass Demonstrations in Western Democracies*, Minneapolis.
- Folkers, Andreas/Stenmanns, Julia 2019: Logistical Resistance Against Operations of Capital: Security and Protest in Supply Chains and Finance, in: *Geoforum*, Jg. 100, S. 199–208.
- Franzki, Hannah/Scheper, Christian/Vestena, Carolina A. 2024: Transnationale Unternehmen und Konflikt. Zur Gewaltförmigkeit politisch-ökonomischer Ordnung, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, Jg. 13, H. 1, S. 1–20; <https://doi.org/10.1007/s42597-024-00135-0>.
- Grimm, Jannis/Franzki, Hannah/Salehi, Mariam 2023: Neue Radikalität? Protest, Gewalt und ziviler Ungehorsam – Versuche einer Grenzziehung, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 36, H. 2, S. 179–185; <https://doi.org/10.1515/fjsb-2023-0017>.
- Hariq, Christoph 2017: Sicherheitsproduktion in Brasilien zwischen Reformen der militarisierten Polizei und parapolizeilichem Einsatz des Militärs, in: Frevel, Bernhard/Wendekamm, Michaela (Hrsg.): *Sicherheitsproduktion zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft*, Wiesbaden, S. 269–291; https://doi.org/10.1007/978-3-658-13435-8_13.
- Holston, James 2014: "Come to the Street!": Urban Protest, Brazil 2013, in: *Anthropological Quarterly*, Jg. 87, H. 3, S. 887–900; <https://doi.org/10.1353/anq.2014.0047>.
- Jenss, Alke 2024: Cities as Nodes of Conflict: The Role of Transnational Corporations in Urban Supply Chain Conflicts, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, Jg. 13, H. 1, S. 77–100; <https://doi.org/10.1007/s42597-024-00116-3>.
- Kitschelt, Herbert P. 1986: Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies, in: *British Journal of Political Science*, Jg. 16, H. 1, S. 57–85.
- Knopp, Philipp/Teune, Simon/Thurn, Roman/Harms, Lena/Spatzl Jan 2025: Policing der Klimabewegung: Methodische Potenziale der Protestereignisanalyse zur Untersuchung von ‚Repression‘, in: *Kriminologisches Journal*, Jg. 57, H. 1, S. 61–67.
- Kocyba, Piotr/Lewicki, Aleksandra 2020: Shrinking Spaces für die Zivilgesellschaft. Aktivismus unter illiberalen Vorzeichen, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 33, H. 3, S. 561–570.
- Martinez-Alier, Joan Temper, Leah/Del Bene, Daniela/Scheidel, Arnim 2016: Is There a Global Environmental Justice Movement? In: *The Journal of Peasant Studies*, Jg. 43, H. 3, S. 731–755.
- Medeiros, Débora/Motta, Renata 2020: Ein Blick aus der Bewegungsforschung auf den Rechtsruck in Brasilien, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 32, H. 4, S. 619–630; <https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0068>.
- Pichl, Maximilian 2023: Gefahr für den Rechtsstaat. Zur Kriminalisierung der Klimabewegung, in: *WestEnd*, Jg. 20, H. 2, S. 143–154; <https://doi.org/10.5771/1860-2177-2023-2-143>.
- Russau, Christian 2016: Abstauben in Brasilien: Deutsche Konzerne im Zwielficht, Hamburg, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Russau_Abstauben_in_Brasilien.pdf.
- Sinhoretto, Jacqueline 2014: Controle social estatal e organização do crime em São Paulo, in: *Dilemas: Revista de Estudos de Conflito e Controle Social*, Jg. 7, H. 1, S. 167–196.
- Struck, Jens/Kemme, Stefanie 2024: Abweichendes Verhalten und Kriminalisierung im Kontext der Klimabewegung. Ein systematischer Literaturüberblick, in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, Jg. 107, H. 4, S. 355–372; <https://doi.org/10.1515/mks-2024-0015>.

- Svampa, Maristella* 2019: *Neo-Extractivism in Latin America: Socio-Environmental Conflicts, the Territorial Turn, and New Political Narratives*, Cambridge.
- Temper, Leah* 2015: *Environmentalism of the Dispossessed: Mapping Ecologies of Resistance*, Barcelona.
- Vargas, João Costa/Alves, Jaime Amparo* 2013: *Geographies of Death: An Intersectional Analysis of Police Lethality and the Racialized Regimes of Citizenship in São Paulo*, in: Amar, Paul (Hrsg.): *New Racial Missions of Policing. International Perspectives on Evolving Law-Enforcement Politics*, London/New York, S. 37–62.
- Wolford, Wendy* 2010: *This Land Is Ours Now: Social Mobilization and the Meanings of Land in Brazil*, Durham.
- Zhour, Andréa* 2010: “Adverse Forces” in the Brazilian Amazon: Developmentalism versus Environmentalism and Indigenous Rights, in: *The Journal of Environment & Development*, Jg. 19, H. 3, S. 252–273.

Anmerkungen

- 1 Diese Forschung wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen des FIP 3 – 528278755 gefördert.